

Neue Wege: Mit EcoCrowd findet ihr aktive Mithilfe für eure Projekte

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017

Pressemeldung

Die Crowdfunding-Plattform EcoCrowd wurde seit 2015 kontinuierlich weiterentwickelt und trägt großes Zukunftspotenzial für die Unterstützung sozial und ökologisch nachhaltiger Projekte in sich. Mit dem neuen Modul „Finde Helfer*Innen“ können Projektstarter*Innen ab November nicht nur finanzielle Unterstützung für Projekte erhalten, sondern auch von den Erfahrungen und der Expertise der Crowd profitieren.

Aus Sicht der Projektleitung war die Erweiterung der Plattform unbedingt notwendig, denn „in vielen Projekten fehlt es nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern auch an Know-How und aktiven Mithelfern. Dagegen musste etwas getan werden. Mit dem „Finde Hilfer*Innen“-Modul sollen Projekte ganzheitlich zum Erfolg geführt werden“, erklärt Michael Golze, EcoCrowd-Projektleiter.

Wie das genau funktioniert, wird auf der **EcoCrowd-Convention** vorgestellt. Die Convention findet am **21. Oktober 2017** von 12 bis 18 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin) statt. Das Programm richtet sich an die Crowdfunding-Community, Projektinitiator*Innen und alle nachhaltig Aktiven, die die Entwicklungen der stetig wachsenden Nachhaltigkeitsbewegung mitdiskutieren und -gestalten wollen.

Speaker*Innen sind u.a. Crowdfunding-Experte **Shai Hoffmann**, Social Entrepreneur und Aktivist, **Anja Thonig** vom Crowdfunding-Campus, Marketingmanagerin und Projektleiterin,

Crowdinvesting-Experte **Patrick Mijnaals**, Gründer und Geschäftsführer von bettervest.com sowie Crowddonating-Experte **Björn Lampe**, Vorstand der gut.org gAG (Betreiberin von betterplace.org) und Ines Zimsinski, Vorstand des Deutschen Crowdsourcing Verbands in Berlin.

Weitere Informationen und Tickets gibt es auf:
convention.ecocrowd.de

Über EcoCrowd

Die EcoCrowd ist eine Bewegung, die sich für mehr Nachhaltigkeit einsetzt und mit spannenden Projekten zeigt, dass Nachhaltigkeit Spaß macht und erlebbar ist. Für all diese Menschen – für die EcoCrowd – hat die Deutsche Umweltstiftung diese Crowdfunding-Plattform ins Leben gerufen. Einen Ort im Netz, an dem nachhaltige Ideen unterstützt, diskutiert und realisiert werden können – step by step, ohne Fundingsschwelle und im nachhaltigen Umfeld der Deutschen Umweltstiftung. EcoCrowd wird gefördert durch das Umweltbundesamt, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und webgo für Webhosting mit Verantwortung.

Über die Deutsche Umweltstiftung

„Hoffnung durch Handeln“ – dies ist das Motto der am 31. März 1982 in Mainz auf Initiative von Hans Günter Schumacher und anderen gegründeten gemeinnützigen Deutschen Umweltstiftung. Die Deutsche Umweltstiftung ist ungebunden, politisch und wirtschaftlich unabhängig. Hinter der Deutschen Umweltstiftung stehen aktuell 2.653 Stifterinnen und Stifter (Stand: 09.10.2017). Damit ist sie nach Zahl der sie tragenden Personen die größte und älteste deutsche Bürgerstiftung – und damit selbst ein mustergültiges Beispiel für erfolgreiches Crowdfunding.

Pressekontakt

Michael Golze
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Tel.: 030 202384281

michael.golze@deutscheumweltstiftung.de

Billig verkauft – teuer bezahlt: Ausbeutung im südafrikanischen Weinanbau

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017

Neue Oxfam-Studie zeigt katastrophale Arbeitsbedingungen auf Traubenplantagen in Südafrika und die Mitverantwortung deutscher Supermärkte

Berlin, 09.10.2017 Arbeiterinnen auf südafrikanischen Traubenplantagen werden giftigen Pestiziden ausgesetzt, leiden unter Hungerlöhnen und mangelnder gewerkschaftlicher Vertretung. Mitverantwortlich ist der enorme Preisdruck deutscher Supermarktketten auf Lieferanten, die ihre Kosten auf die Arbeiterinnen abwälzen. Das zeigt die neue Oxfam-Studie „Billig verkauft – teuer bezahlt“. Oxfam fordert, dass Regierungen und Unternehmen Verantwortung übernehmen und die Menschenrechte auch bei ihren Lieferanten in armen Ländern achten.

Für die Studie hat Oxfam gemeinsam mit der südafrikanischen Partnerorganisation Women on Farms Project (WFP) 343 Farmarbeiterinnen auf Traubenplantagen befragt. Die Frauen berichten von unhaltbaren Zuständen: Sie werden diskriminiert und mit Hungerlöhnen abgespeist, riskieren ihre Gesundheit, weil sie giftigen Pestiziden ausgesetzt sind, oft ohne jegliche Schutzbekleidung. Und sie können sich nur schwer zur Wehr setzen, da ihnen verboten wird, an Gewerkschaftstreffen teilzunehmen und Gewerkschafter die Plantagen nicht betreten

dürfen.

Supermarktketten drücken Exportpreise ins Bodenlose

Mitverantwortlich an der Situation ist der Preisdruck, den deutsche Supermarktketten auf südafrikanische Exporteure und Produzenten ausüben. Seit dem Jahr 2000 sind die Exportpreise von südafrikanischem Wein nach Deutschland um mehr als 80 Prozent gefallen, die Produktionskosten im Weinanbau sind dagegen in den vergangenen zehn Jahren um fast 50 Prozent gestiegen. Zunehmend wird Wein außerdem statt in Flaschen unabgefüllt in großen Tanks verschifft, was den deutschen Händlern nützt, der südafrikanischen Industrie aber schadet. „Die Supermärkte diktieren ruinöse Preise, diesen Preisdruck geben die Produzenten nach unten weiter: an die Arbeiter/innen, die auf den Plantagen schuften“, sagt Studienautorin Dr. Franziska Humbert, Oxfam-Expertin für soziale Unternehmensverantwortung.

Marktmacht: Ja, Verantwortung: Nein

In Deutschland teilen sich die Big Four – Edeka, Rewe, Aldi und Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) – über 80 Prozent des Umsatzes im Weinmark. „Die Supermarktketten sind das Nadelöhr, durch das Produzenten ihre Ware auf den deutschen Markt bringen müssen. Sie dürfen sich also nicht aus der Verantwortung stehlen: Wer sagt, wo es langgeht, muss auch für die Folgen geradestehen“, so Humbert.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar

Oxfam fordert, dass Supermarktketten und Importeure dafür sorgen, dass ihre Lieferanten die Menschenrechte einhalten. Auch die neue Bundesregierung muss aktiv werden und Supermarktketten und Importeure gesetzlich dazu verpflichten, die Einhaltung von Menschenrechte bei ihren Lieferanten und Produzenten sicherzustellen.

Hintergrund:

- In der Kampagne „Make Fruit Fair!“ setzt sich die internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam für die Rechte von Arbeiter/innen auf Obstplantagen ein. Außer in Südafrika hat Oxfam auch in anderen Ländern ähnliche Missstände aufgedeckt, etwa auf Bananen- und Ananasplantagen in Ecuador und Costa Rica oder im Mangoanbau in Peru.
- Seit 2009 arbeitet Oxfam Deutschland e.V. mit der Frauenorganisation Women on Farms Project (WFP) zusammen, die die Befragungen für die Studie durchgeführt hat und sich für die Rechte von Farmarbeiterinnen in Südafrika einsetzt. WFP engagiert sich einerseits politisch, beispielsweise für die Durchsetzung von angemessenen Löhnen. Andererseits unterstützt WFP Farmarbeiterinnen ganz konkret dabei, Gemüse anzubauen, ihre Rechte einzufordern und Diskriminierung zu überwinden.

Hinweis an die Redaktion:

- Sie finden die vollständige Studie sowie eine Zusammenfassung unter:
<https://oxfam.app.box.com/s/6ghfnrqtdzwu0a8z0qqjr7hkshwlf52>
- Ab dem 10.10. ist die Studie hier zu finden:
<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/billig-verkauft-teuer-bezahlt>
- Gerne vermitteln wir Interviews mit der Autorin der Studie, Dr. Franziska Humbert, Oxfam-Expertin für Unternehmensverantwortung und Arbeitsrechte.
- Weitere Interviewmöglichkeiten mit Betroffenen aus Südafrika: Dr. Colette Solomon ist Sozialanthropologin und Geschäftsführerin von Women on Farms Project. Farmarbeiterin Marai Balie ist Mutter von zwei Kindern und arbeitet seit über 25 Jahren auf unterschiedlichen Farmen. Roseline Engelbrecht leitet als Programm-Koordinatorin bei WFP die Arbeit in den südafrikanischen

Provinzen West- und Nordkap. Alle sind ab dem 10. Oktober in Berlin und Hamburg zu Gast.

Termine:

- Podiumsgespräch mit Dr. Colette Solomon, Roseline Engelbrecht und Marai Balie. Dienstag, 10. Oktober, 19 Uhr, taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23, 10969 Berlin
- Konferenz: Preisdruck und Arbeitsbedingungen in Agrarlieferketten. Oxfam, ver.di, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brot für die Welt, Kasa. Verschiedene Panels mit Dr. Franziska Humbert, Dr. Colette Solomon, und Marai Balie (Programm: https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/2RDE1/preisdruck-und-arbeitsbedingungen-in-agrarlieferketten/). Mittwoch 11. Oktober, 09:30-16:30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
- Gesprächsrunde Oxfam MOVE Berlin mit Dr. Colette Solomon, Roseline Engelbrecht und Marai Balie. Donnerstag, 12. Oktober, 19 Uhr, Oxfam Shop MOVE Berlin, Wilmsdorfer Str. 74, 10629 Berlin

Pressekontakt:

Annika Zieske, Tel.: 030-45 30 69 715, E-Mail: azieske@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Ökologisch, vegan & fair? Aber bitte mit Spaß! – FairGoods & Veggienale am 21./22. Oktober in der Sporthalle Hamburg

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017

PRESSEMITTEILUNG

Berlin/Hamburg, 05. Oktober 2017

Wie kann ich im Alltag nachhaltig leben und mich vegan und gesund ernähren? Bei der FairGoods und Veggienale dreht sich alles um diese und weitere Fragen zur ökologischen und veganen Lebensweise. Rund 80 Aussteller präsentieren am 21. und 22. Oktober 2017 in der Sporthalle Hamburg Angebote aus den Bereichen regionale Bio-Vielfalt, Upcycling, ethische Finanzen, grüne Mode, alternative Mobilität, Müllvermeidung, erneuerbare Energien, gesunde Ernährung u.v.m. Daneben gibt es spannende Vorträge, Workshops, Bühnenshows und Mitmachaktionen rund um die Themen Nachhaltigkeit und Veganismus.

„Wir wollen zeigen, dass pflanzliche Ernährung Spaß macht, gesund und eben kein Kompromiss ist und dabei die Brücke zu einer allgemein nachhaltigeren Lebensweise schlagen“, sagt Daniel Sechert, Gründer und Geschäftsführer des Veranstalters ECOVENTA. „Schließlich treffen wir jeden Tag Entscheidungen und können so Einfluss nehmen – beim Einkaufen, bei der Mobilität, beim Essen“, so Sechert weiter. „Gutes tun war noch nie so lecker – wie Konsum unsere Gesellschaft verändern kann“ lautet z.B. der Titel des Vortrages von Lycka-Gründer Felix

Leonhardt, der am Sonntag im Programm läuft. In weiteren Vorträgen geht es um Faire Computer, Zero Waste oder regionale Superfoods. Auf den Geschmack kommen sollen die BesucherInnen bei den Kochshows mit der Hamburger Kurkuma Kochschule oder der Ökotrophologin Anna-Lena Klapp, die erstmals das Programm der FairGoods & Veggienale bereichern. Ein weiterer Höhepunkt ist die Premiere der Verleihung des „Grüne Helden Awards 2017“. Aus insgesamt 31 nachhaltigen Ideen, Projekten und Initiativen werden die Gewinner in den Kategorien Profit und Non-Profit gekürt. Für Kinder gibt es an beiden Tagen Puppentheateraufführungen („Die Karotte der Freundschaft“) und Bastel-Workshops.

Das vollständige Programm und alle Aussteller sind auf www.fairgoods.info sowie www.veggienale.de veröffentlicht.

Informationen für Besucher*innen:

Die Öffnungszeiten sind Samstag 21. Oktober und Sonntag 22. Oktober 2017 jeweils von 10.00 bis 18.00 Uhr. Der Eintritt kostet an den Tageskassen 10,00 EUR für Erwachsene, 8,00 EUR ermäßigt.

Im Online-Vorverkauf gibt es die Tickets ab 7,00 EUR. Kinder bis 14 Jahre haben freien Eintritt.

Hier geht's zum Promoflyer Hamburg 2017: [Download](#)

Internet: www.fairgoods.info // www.veggienale.de

Veranstaltungsort:

Sporthalle Hamburg, Krochmannstr. 55, 22297 Hamburg

Abdruck honorarfrei | Belegexemplar erbeten

Fotos bitte unter presse@ecoventa.de anfordern

Save the Dates:

Die FairGoods & Veggienale finden an verschiedenen Standorten bundesweit statt.

In diesem Jahr steht noch Köln am 18./19. November 2017 auf dem Plan.

Die geplanten Termine für 2018 sind:

Hannover, 10./11. März – Hannover Congress Centrum

Münster, 24./25. März – MCC Messe und Congress Centrum Halle
Münsterland

Nürnberg, 14./15. April – Ofenwerk

Köln, 28./29. April – Dock.One

Hamburg, 22./23. September – Sporthalle

Bremen, 29./30. September – Energieleitzentrale

Rhein-Mainz, 27./28. Oktober – Halle 45

Bodensee, 1./2. Dezember – Messe Friedrichshafen

Pressekontakt:

ECOVENTA GmbH – Agentur für ökologische Veranstaltungen

Daniel Sechert, Gründer und Geschäftsführer

Heinrich-Roller-Str. 13

10405 Berlin

Telefon: +49 (0)30 555775 201

Mobil: +49 (0) 151 5733 864 0:

**G20-Beschlüsse helfen
Menschen in Armut kaum |
Staats- und Regierungschefs
packen drängende Probleme wie
die wachsende soziale
Ungleichheit nicht an**

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017

Hamburg/Berlin, 8. Juli 2017. Der G20-Gipfel in Hamburg hat
kaum Fortschritte für Menschen gebracht, die in Armut leben.

Das kritisiert die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam in einer ersten Reaktion.

Jörn Kalinski, Leiter Lobby und Kampagnen von Oxfam Deutschland e.V., erklärt:

„Als Entwicklungsorganisation fragen wir, ob die Beschlüsse der G20 dazu beitragen, die Lebenssituation von Menschen zu verbessern, die in Armut leben. Und das ernüchternde Fazit lautet: kaum! Trotz der Proteste gegen die wachsende soziale Ungleichheit auf der Welt haben die Staats- und Regierungschefs es nicht vermocht, die Weichen in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit zu stellen.“

Keine Fortschritte bei der Steuerpolitik

„Statt mit einer wirkungsvollen Schwarzen Liste Steueroasen unter Druck zu setzen, haben die G20 diesen Ländern de facto einen Freifahrtschein ausgestellt. Auch haben sie es versäumt, die Konzerne zu einer öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung über ihre Gewinne und darauf gezahlte Steuern zu verpflichten.“

Bekenntnis zum Pariser Klimavertrag

„Vom G20-Gipfel geht das wichtige Signal aus, dass sich 19 Länder entschlossen hinter das Pariser Klimaschutzabkommen stellen und seine Umsetzung vorantreiben. Damit ist Donald Trump isoliert. Die Versuche der USA, den fossilen Energien eine Zukunft unter dem Pariser Abkommen zu sichern, werden erfolglos bleiben. Leider hat der Gipfel beim Abbau klimaschädlicher Subventionen nichts Neues ergeben und außerdem nicht zu mehr konkretem Klimaschutz geführt. Die Bundeskanzlerin hätte den G20-Gipfel dafür nutzen müssen, den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohlekraft in Aussicht zu stellen.“

Hilfszusage für aktuelle Hungerkrisen

„Nur wenige G20-Länder leisten ihren fairen Beitrag zur Finanzierung der Nothilfe-Aufrufe für die aktuellen Hungerkrisen. Es ist inakzeptabel, dass die meisten großen G20-Länder die Gelegenheit nicht genutzt haben, ihre Beiträge zur Nothilfe aufzustocken. Die Folge ist, dass Menschen sterben werden, deren Leben andernfalls hätten gerettet werden können. Um die Menschen in Nigeria, Somalia, Südsudan und Jemen vor einer Hungersnot zu bewahren, sind dringend weitere Finanzausgaben erforderlich.“

Compact with Africa folgt falschen Annahmen

„Die Initiative Compact with Africa baut auf dem irrigen Glauben auf, dass Privatinvestitionen schon irgendwie die Lebenssituation von Menschen in Armut verbessern werden. Doch dies ist nur dann der Fall, wenn Investitionen politisch gestaltet werden, im Dialog mit den Menschen und heimischen Unternehmen vor Ort, so dass alle profitieren, insbesondere Frauen.“

Hinweis an Redaktionen:

- Oxfam wird in Kürze eine ausführlichere Reaktion auf die Ergebnisse des Gipfels versenden, die sich detaillierter mit den einzelnen Punkten des Kommuniqués befasst.
- Oxfam steht für Interviews und Kommentierung der Gipfel-Ergebnisse zur Verfügung. Wir sind mit einem internationalen Expertenteam im Medienzentrum.

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, 0177-8809977, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

„Große Volkswirtschaften haben ersten Teil des Trump-Tests bestanden“ Germanwatch begrüßt klimapolitische Ergebnisse des G20-Gipfels, mahnt aber Engagement für den zweiten Teil des Tests an: Die Umsetzung in den Staaten

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Hamburg (8. Juli 2017). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßt, dass beim G20-Gipfel trotz des Widerstands der USA eine Einigung zum Klimaschutz erzielt werden konnte. „Die G20 ohne die USA hat den ersten Teil des Trump-Tests in der Klimapolitik bestanden“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. „In Hamburg haben 19 Regierungschefs der größten Volkswirtschaften gemeinsam ihre Verpflichtung zur

schnellen Umsetzung des Pariser Klimaabkommens bekräftigt und den Versuch von US-Präsident Trump, das Paris-Abkommen zu untergraben, zurückgewiesen.“ Der zweite Teil des Tests bestehe nun darin, die Umsetzung in den Staaten auch voranzutreiben.

In der Abschlusserklärung werden – so das durchgesickerte Ergebnis – die Differenzen zwischen den USA und den anderen 19 Partnern im Klimaschutz festgehalten. Die 19 betonen die Irreversibilität des Abkommens, verpflichten sich zur schnellen Umsetzung und beschließen einen detaillierten Klima- und Energie-Aktionsplan. „Der Aktionsplan ist das konkreteste Ergebnis zur Klimapolitik, das es bei der G20 je gab“, erläutert Bals. „Er zeigt, dass es jetzt nicht mehr nur um die Bekräftigung des Paris-Abkommens geht, sondern um die Schritte zu seiner Umsetzung.“ In dem Dokument betonen die 18 Staaten plus EU unter anderem die Bedeutung von langfristigen Klimaschutzstrategien, die bis 2020 vorgelegt werden sollen. Sie verpflichten sich, Entwicklungshilfe und Infrastrukturinvestitionen an Klimazielen auszurichten und nennen Schritte, mit denen Unternehmen und Investoren zur Offenlegung ihrer Klimastrategien ermutigt werden können. Bals: „Wir begrüßen es, dass die 19 Partner sich auch zu ihrer Verantwortung für die Armen und durch den Klimawandel besonders Verletzlichen bekennen und eine globale Partnerschaft für Finanzierungs- und Klimaversicherungslösungen starten.“

Der Versuch der US-Regierung, einen Freifahrtschein für fossile Exporte zu erhalten, wurde eingedämmt, da die USA im gemeinsamen Abschnitt der G20 die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable Development Goals) als Rahmen für die Energietransformation akzeptieren. „Damit akzeptieren sie, dass bis 2030 der Anteil der Erneuerbaren Energien substanziell wächst und sich das Tempo der Energieeffizienzsteigerung verdoppelt“, erläutert Bals.

Christoph Bals schränkt jedoch ein: „An vielen Stellen müsste

der Aktionsplan aber noch konkreter werden. Das haben einige Länder wie Saudi-Arabien verhindert, die es ausgenutzt haben, dass durch den Rückzug der USA ihre Verhandlungsposition innerhalb der 19 gestärkt wurde.“ Vor allem stehe nun aber in allen Staaten der zweite Teil des „Trump-Tests“ zu Hause an. „Bundeskanzlerin Merkel kann nicht international den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bis Mitte des Jahrhunderts auf die Agenda setzen und zu Hause einen Plan für den zügigen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle verweigern“, betont Bals. „Sie kann nicht Pläne für die Beschleunigung der internationalen Klimawende vorantreiben und gleichzeitig in Deutschland keine Strategie für den Verkehrssektor haben, der heute noch immer so hohe Emissionen hat wie 1990.“

Hinweis für Redaktionen: Christoph Bals und Dr. Gerrit Hansen von Germanwatch sind im Gipfel-Medienzentrum erreichbar. Kontaktvermittlung über Pressesprecher Stefan Küper (Kontakt s.u., heute per Handy).

Kontakt für Medien:

Pressesprecher

(Kontakt s.u., heute per Handy)

—

Stefan Küper

Pressesprecher

Germanwatch e.V.

Dr.Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

G20: Zeit für Lösungen statt warmer Worte | Oxfam fordert konkrete Antworten auf drängende Probleme: Soziale Ungleichheit, Klimawandel, Hungerkrisen

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017
[Presse-Info]

Berlin/Hamburg, 6. Juli 2017. Die Demonstrationen und Proteste im Umfeld des G20-Gipfels in Hamburg sind auch eine Reaktion auf die weltweit zunehmende soziale Ungleichheit. Darauf weist die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam hin und fordert von den Staats- und Regierungschef/innen, bei ihrem Treffen mit einem Aktionsplan die Weichen in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit zu stellen. Auch ein klares Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzabkommen und umfassende Finanzierungszusagen zur Bekämpfung der aktuellen Hungerkrisen sind notwendig.

Jörn Kalinski, Leiter der Kampagnenarbeit von Oxfam Deutschland, erklärt: „Die Staats- und Regierungschefs der G20 werden in Hamburg wieder warme Worte verlieren, wie notwendig es ist, die soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Doch Jahr für Jahr versäumen sie es, zu handeln. Mittlerweile besitzen acht Menschen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung und die Kluft vertieft sich weiter. Immer mehr Menschen merken, dass sie die Verlierer des derzeitigen Wirtschaftssystems sind und das schürt Frust und Wut.“

„Es ist schädlich, wenn Wirtschaftswachstum nur dazu führt, dass Firmenkonten in Steueroasen anschwellen, während weltweit Menschen hungern und Geld für Bildung, Gesundheit und die Bewältigung von Folgen des Klimawandels fehlt. Wir brauchen eine Wirtschaft, die allen Menschen nützt, statt vor allem den Konzernen“, so Kalinski weiter.

Regeln gegen den ruinösen Steuerwettlauf

Oxfam fordert von den G20 einen Aktionsplan für mehr soziale Gerechtigkeit. Nötig ist eine global gerechte Steuerpolitik, die dafür sorgt, dass sich multinationale Konzerne und reiche Einzelpersonen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wichtige Punkte sind eine effektive schwarze Liste von Steueroasen, internationale Mindeststeuersätze für Unternehmen und öffentliche länderbezogene Berichterstattung der Konzerne über Gewinne und darauf gezahlte Steuern. Auch Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur wie Bildung und Gesundheit sind dringend erforderlich.

Klimawandel: Klimaschutz-Signal trotz Donald Trump

Neben sozialer Ungleichheit ist der fortschreitende Klimawandel das Kernproblem des 21. Jahrhunderts. Nachdem US-Präsident Donald Trump dem Pariser Klimaschutzabkommen den Rücken gekehrt hat, fordert Oxfam nicht nur ein starkes Signal des G20-Gipfels, dass zumindest die übrigen 19 Staats- und Regierungschef/innen entschlossen hinter dem Abkommen stehen, sondern auch erkennbare Schritte nach vorn. Kalinski: „Einige der ärmsten Länder der Welt haben sich verpflichtet, ihren Energiebedarf zu hundert Prozent aus Erneuerbaren zu decken. Die G20 dagegen subventionieren immer noch fossile Energien mit Milliardenbeträgen. Dieser klimapolitische Wahnsinn muss ein Ende haben.“

Auch dürfen ärmere Länder mit den Folgen des Klimawandels nicht alleingelassen werden. Vor allem die reicheren G20-Länder stehen hier in der Pflicht, ihre Unterstützungszusagen

zu bekräftigen und zu konkretisieren.

Hungerkrisen: G20 müssen Verantwortung übernehmen

Während die Staats- und Regierungschef/innen sich in Hamburg treffen, leiden in Nigeria, Somalia, dem Südsudan und dem Jemen Menschen Hunger. Oxfam fordert von den G20, dass sie finanziell und politisch Verantwortung übernehmen. Vor allem müssen alle G20-Regierungen einen fairen Beitrag leisten, was die Hilfsaufrufe der Vereinten Nationen und deren Finanzierung angeht. Bislang haben nur drei Regierungen einen angemessenen Beitrag geleistet: Großbritannien, Deutschland und die Niederlande. Daneben ist es wichtig, dass die G20 ihren politischen Druck auf die Konfliktparteien erhöhen, damit mittelfristig die Konflikte ein Ende finden, die zu den Hungerkrisen geführt haben.

Afrika: Investitionen politisch gestalten

Die bei der Afrika-Konferenz in Berlin vorgestellte G20-Initiative „Compact with Africa“ darf so nicht fortgeführt werden. Damit Privatinvestitionen dazu beitragen, Armut und Ungleichheit zu verringern, müssen sie politisch gestaltet werden – im Sinne der Menschen vor Ort. Nötig ist eine Politik, die kleine, lokal verankerte wirtschaftliche Aktivität fördert, insbesondere von Frauen und in der Landwirtschaft. 85 Prozent der Menschen südlich der Sahara arbeiten in kleinen, häufig kleinbäuerlichen Betrieben.

Zudem sollte der Fokus nicht nur auf der Förderung von Investitionen liegen. „Statt multinationalen Konzernen neue Märkte zu erschließen, sollten die G20 mit den ärmsten Entwicklungsländern die öffentlichen Systeme für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung stärken. Internationale Investoren prellen schon heute arme Länder durch Steuervermeidung jährlich um mindestens 100 Milliarden Dollar. Statt diesen Trend mit Investitionsprogrammen weiter anzukurbeln, wird es Zeit, armen Ländern eine wirtschaftliche

Entwicklung zu ermöglichen, die ihrer Bevölkerung nützt“, erklärt Kalinski.

Redaktionelle Hinweise:

Oxfams Positionen zum G20-Gipfel sind in dem Hintergrundpapier „Zeit für Lösungen. Soziale Ungleichheit, Klimawandel, Hungerkrisen: Welche Probleme die G20 in Hamburg anpacken müssen“ weiter ausgeführt. Es steht unter SPERRFRIST 6.7.2017, 10:00 Uhr zum Download bereit unter <https://oxfam.box.com/v/g20hintergrund>.

FOTO-AKTION am Hamburger Hafen, 6. Juli, 10:00- ca. 10:45 Uhr:
„Soziale Ungleichheit: G20 suchen nach dem richtigen Kurs“

Ort: Aussichtsplattform Stintfang

Das Bild: Vor Hamburg-Kulisse mit Hafenanlagen und Elbphilharmonie suchen Oxfam-Aktivist/innen in überdimensionalen Masken einiger Staats- und Regierungschef/innen der G20 (Big Heads, s.u.) nach dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit. In Segelkleidung und mit auffälligen maritimen Requisiten (Steuerrad, Taue, Fernglas, Kompass) stehen sie unter einem Wegweiser mit den Richtungsangaben „Mehr soziale Ungleichheit / Fueling Inequality“ und „Weniger Armut / Fighting Poverty“.

Bildmaterial steht ab 13:00 Uhr zum Download bereit unter <https://oxfam.box.com/v/g20fotos>

ACHTUNG: Die Aussichtsplattform befindet sich auf dem Dach des S- und U-Bahnhofes „Landungsbrücken“, unterhalb der Jugendherberge. Parkplätze stehen in 200m Entfernung an der Helgoländer Allee zur Verfügung. Der S- und U-Bahnhof „Landungsbrücken“ ist vom Internationalen Medienzentrum aus mit den Linien U3, S1, S2, S3 und dem Bus 112 in 15-20 Minuten, vom Hauptbahnhof aus mit den Linien U3, S1, S3 in 7-10 Minuten zu erreichen.

Oxfam im Internationalen Medienzentrum

Oxfam-Expert/innen sind während des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli im Internationalen Medienzentrum vertreten, kommentieren aktuelle Entwicklungen und Entscheidungen und stehen für Interviews und Hintergrundgespräche zur Verfügung.

Anfragen koordinieren Steffen Küßner (skuessner@oxfam.de, +49-177-8809977) und Nikolai Link (nlink@oxfam.de, +49-163-2452142).

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: +49-163-2452142, E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

**Von eingeschränkt gut bis
sehr schwach: Höchst**

unterschiedliche Klima-Noten für G20-Staaten

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017

Gemeinsame Pressemitteilung Germanwatch und NewClimate Institute

Italien, Brasilien und Frankreich sind vor Deutschland die Klassenbesten mit Abstrichen – USA und Saudi-Arabien liegen am unteren Ende. Noch kein G20-Staat auf Kurs der Pariser Klimaziele.

Hamburg/Bonn (6. Juli 2017). Die G20 insgesamt ist noch deutlich von einem verantwortungsvollen Kurs beim Klimaschutz entfernt. Doch einzelne Staaten – sowohl traditionelle Industrienationen wie Italien, Frankreich und in Teilen auch Deutschland, als auch aufstrebende Schwellenländer wie Brasilien oder Indien – deuten an, wie ein solcher Weg aussehen könnte. Dies ist ein Kernergebnis des G20-Klimaschutz-Index, den Germanwatch und das NewClimate Institute heute vorgestellt haben. Einen Tag vor Beginn des Gipfels in Hamburg stellen sie den G20-Staaten in diesem Ranking ein höchst unterschiedliches Zeugnis aus.

„Unser Klimaschutz-Index zeigt: Mit einer verantwortungslosen Klimapolitik à la Trump kann man zwar Klimaschutz punktuell verlangsamen und erschweren – aber aufhalten lässt er sich nicht. Der Siegeszug der erneuerbaren Energien zum Beispiel wird schon allein aus wirtschaftlichen Gründen weitergehen, weil es sich lohnt“, erklärt Jan Burck von Germanwatch, einer der Hauptautoren des Index. „Allerdings kann schon eine Verzögerung zu einem großen Problem werden. Unser Index zeigt auch: Bisher ist kein G20-Land beim Klimaschutz so weit, dass sein Beitrag für eine Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad ausreichen würde.“

„Ermutigend ist vor allem die Entwicklung in einigen großen

Schwellenländern wie Brasilien oder Indien“, ergänzt Prof. Niklas Höhne vom NewClimate Institute. „Brasilien hat in den vergangenen Jahren insbesondere durch eine stark reduzierte Entwaldung große Fortschritte gemacht, die es nun in schwierigen politischen Debatten aufrecht zu erhalten gilt. Indien möchte klassische Entwicklungsschritte überspringen und eher Erneuerbare Energien statt Kohle und Elektroautos statt Benzin oder Diesel einführen. Da sind diese beiden Länder auf einem guten Weg – der allerdings auch eine unterstützende Klimapolitik und internationale Klimafinanzierung benötigt.“

Überraschender Sieger des G20-Klimaschutz-Index ist Italien. Hauptfaktoren waren der Abwärtstrend der Pro-Kopf-Emissionen in den vergangenen fünf Jahren und eine starke Zunahme der erneuerbaren Energien um mehr als 50 Prozent von 2010 bis 2014. Italien kommt damit von allen G20-Staaten dem Anstieg grüner Energien am nächsten, der für das Erreichen der Pariser Klimaziele nötig wäre. Ob Italien den Platz halten kann ist fraglich, da der Zubau von Erneuerbaren nach 2014 zusammengebrochen ist (wegen mangelnder Datenverfügbarkeit noch nicht im Index berücksichtigt). Brasilien auf Rang zwei profitiert von einem sehr hohen Anteil Erneuerbarer Energien im Energiemix (38 Prozent), allerdings sind die gesetzten Klimaziele noch nicht sehr ambitioniert und die erreichten Fortschritte beim Waldschutz aktuell in Gefahr.

Deutschland liegt hinter Frankreich auf Rang 4 – verglichen mit dem zuletzt mäßigen Abschneiden im jährlichen Globalen Klimaschutzindex von Germanwatch eine Steigerung. Deutschland hat zwischen 2010 und 2014 hohe Zuwachsraten bei Wind- und Solarenergie vorzuweisen und gute Noten, was die Klimapolitik auf internationalem Parkett betrifft. Die noch immer sehr große Abhängigkeit von der Kohle, insbesondere Braunkohle, und die deswegen hohen Pro-Kopf-Emissionen über dem EU-Durchschnitt sowie nur mittlere Noten für die nationale Klimapolitik verhindern jedoch eine Platzierung ganz oben.

China ist wegen des enormen Wachstums bei Energieverbrauch und Emissionen in den Jahren bis 2014 nur auf Platz 12, unternimmt

aber Schritte den Anstieg zu begrenzen, wie zum Beispiel Drosselung der Kohlenutzung und Förderung der Elektromobilität. Eine bessere Bewertung in den nächsten Jahren ist deshalb zu erwarten.

Am Ende des Tableaus landete Saudi-Arabien mit sehr schwachen Ergebnissen in allen Bereichen. Das Land könnte jedoch im Bereich der Solarenergie mittelfristig deutlich zulegen. Nach Trumps Rollback in der Klimapolitik landen die USA auf dem vorletzten Platz (Urteil ebenfalls: sehr schwach). Derzeit sind abseits von Bemühungen einiger US-Bundesstaaten, Städte und Unternehmen keine Ansätze der nationalen Regierung zu erkennen, etwas an den sowieso schon sehr hohen CO₂-Emissionen oder dem immensen Energieverbrauch pro Einwohner zu ändern.

Zum G20-Klimaschutzindex von Germanwatch und NewClimate Institute:

Der Index knüpft an den globalen Klimaschutz-Index von Germanwatch an, ein seit 2006 jährlich erstelltes Ranking der knapp 60 größten Emittenten weltweit. Diese Spezialausgabe des Index betrachtet nun nur die zwanzig größten Volkswirtschaften (G20). Zudem wurde die Methodik angepasst. Zwar betrachtet der Index wie bisher vier Bereiche: Emissionen (40%), Energieverbrauch (20%), Erneuerbare Energien (20%) und Klimapolitik (20%, bewertet von ExpertInnen aus dem jeweiligen Land). Aber dank der neuen Methodik wird nun auch die Frage beantwortet, inwieweit das jeweilige Land in den Bereichen Emissionen, Erneuerbare Energien und Energieverbrauch adäquat handelt, um die Pariser Klimaziele erreichen zu können.

Mehr zur Methodik im Report, S. 17-18

Der G20-Klimaschutz-Index: www.germanwatch.org/de/13955

Kontakte für Medien:

Stefan Küper, Germanwatch, Tel.: 0228 60 492 23, 0151 252 110 72, kueper@germanwatch.org

Boris Duval, NewClimate Institute, Tel.: 030 208 492 740,

b.duval@newclimate.org

Evtl. Doppelsendungen dieser PM bitten wir zu entschuldigen.

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Anzeigenkampagne für eine Viertelmillion Euro: Agrarminister Schmidt plakatierte Erfolge, die es nicht gibt – Effekt des Tierwohl-Siegels schon vor seiner Einführung gepriesen

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017

Pressemitteilung

– foodwatch kritisiert falsche Werbeaussagen auf Kosten der

Steuerzahler

- Eigenwerbung des Ministeriums für 271.000 Euro – das Motto: „Geschafft“
- Reklamiert wurden politische Erfolge, die es noch gar nicht gibt

Berlin, 6. Juli 2017. „Geschafft: Mehr Tierwohl“, prangt in großen Lettern auf grünem Hintergrund, dahinter ein Bild von glücklichen Ferkeln. Ein überdimensionierter, grüner Haken unterstreicht den angeblichen Erfolg des Bundeslandwirtschaftsministeriums: Mit dem freiwilligen, staatlichen Tierwohllabel habe man mehr Tierwohl „geschafft“, heißt es in großen Werbeanzeigen unter anderem in Tageszeitungen und Online-Medien. Allein: Das Label gibt es noch gar nicht. Es kann schon allein deshalb noch keinem einzigen Tier zu mehr Wohlergehen verholfen haben, weil es frühestens 2018 eingeführt werden soll. Zum Zeitpunkt der Anzeigenkampagne existierten noch nicht einmal Kriterien für die Vergabe des Siegels.

Mehr als eine Viertelmillion Euro hat das Ministerium für Reklame ausgegeben, mit der es sich vermeintlicher Erfolge rühmte – „aus Anlass der Grünen Woche“ im Januar dieses Jahres. Unter dem Leitmotiv „Geschafft“ schaltete das Ressort von Minister Christian Schmidt dabei Werbung in der überregionalen wie regionalen Presse, in Online-Medien sowie bei Twitter und ließ bedruckte Doppeldeckerbusse durch die Straßen fahren. Gesamtkosten: ca. 271.000 Euro, wie das Ministerium jetzt auf Anfrage der Verbraucherorganisation foodwatch angab. Der größte Anteil floss in Schaltungen des Tierwohl-Motivs. Doch auch andere angebliche Erfolge sind mindestens zweifelhaft: „Geschafft: bessere Verbraucherinformationen“, heißt es auf einem zweiten, ebenfalls weit verbreiteten Bild. Das damit gerühmte, neu geschaffene Bundeszentrum für Ernährung nahm jedoch erst im Februar seine Arbeit auf. Ein zentrales Vorhaben der Bundesregierung aus dem Koalitionsvertrag, eine „bessere

Verbraucherinformation“ durch eine Reform des Lebensmittelgesetzes (§ 40 LFGB) zu erreichen, ist zudem gescheitert.

„Eigenlob stinkt bekanntlich, und im Bundeslandwirtschaftsministerium riecht es ganz besonders streng. Hier wurden Steuergelder missbraucht und die Realität zurechtgebogen, um sich selbst in ein besonders strahlendes Licht zu rücken“, kritisierte foodwatch-Geschäftsführer Martin Rücker die Kampagne. „Seitdem sich das Ministerium mit der irreführenden Werbelyrik der Lebensmittelindustrie befasst, hat es sich offensichtlich zwar vieles abgeschaut, aber nichts gelernt. Christian Schmidt agiert wie der Kreativdirektor einer Bundeswerbeagentur. Der Bundesernährungsminister startet eine Aufklärungskampagne nach der anderen und schaltet nun auch noch haltlose Reklame in eigener Sache, anstatt Politik zu machen und echte Verbesserungen durchzusetzen.“

Weitere Motive der Serie, wie sie das Ministerium bis heute als Erfolgsbilanz auf seiner Internetseite präsentiert, befassen sich mit den Themen ländliche Entwicklung sowie Landwirtschaft und Umwelt.

Abgesehen von der irreführenden Anzeigenkampagne kritisiert foodwatch das geplante Tierwohlsiegel grundsätzlich als verfehlt: Die Kriterien sind zu lasch und bieten keine Garantie, dass Produkte ausschließlich von gesund gehaltenen Tieren stammen. Hinzu kommt: Selbst der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium erwartet für das rein freiwillige Label einen Marktanteil von maximal 20 Prozent. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die Bundesregierung für 80 Prozent der Nutztiere weiterhin vermeidbare Krankheiten, Schmerzen und Leiden duldet. Ein freiwilliges Label ist daher aus Sicht von foodwatch der grundfalsche Ansatz, weil es eine Abkehr von dem Ziel bedeutet, wirklich für alle Nutztiere Verbesserungen zu erreichen.

Link:

– BMEL-Seite zur angeblichen Erfolgsbilanz:
www.bmel.de/DE/Ministerium/erfolge_node.html

Quellen und weiterführende Informationen:

- Antwort des BMEL an foodwatch: tinyurl.com/y8fed5sc
- Auskunft des BMEL auf eine Bürgeranfrage zu den Kosten der Anzeigen für das Tierwohl-Motiv:
fragdenstaat.de/anfrage/werbung-geschafft-mehr-tierwohl/
- Anzeigenmotiv Tierwohl-Siegel: tinyurl.com/Anzeige-Tierwohl
- Anzeigenmotiv Verbraucherinformation: tinyurl.com/Anzeige-Verbraucherinformation

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Wasserkraftwerk Agua Zarca Oxfam: Rückzug aus Agua Zarca ist überfälliger Schritt – jetzt müssen Siemens und Voith nachziehen

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017

[Presse-Info]

Die Banken FMO und Finnfund ziehen ihre Beteiligung an dem umstrittenen Wasserkraftwerk zurück

Berlin, 06.07.2017. Nach langer Ankündigung haben sich die

Entwicklungsbanken FM0 und Finnfund offiziell aus dem umstrittenen Wasserkraftwerk-Projekt Agua Zarca zurückgezogen. Oxfam begrüßt diesen längst überfälligen Schritt und fordert das deutsche Unternehmen Voith Hydro auf, die Geschäftsbeziehungen mit der Betreiberfirma DESA ebenfalls unverzüglich zu beenden. Anteilseigner Siemens sollte seinen Einfluss bei Voith geltend machen, um diesen Schritt durchzusetzen.

Barbara Sennholz-Weinhardt, Expertin für Wirtschaft und Globalisierung bei Oxfam, kommentiert: „Der vollständige Rückzug der Banken FM0 und Finnfund ist ein wichtiger Schritt, kommt aber vier Jahre zu spät. Der Tod mehrerer Menschen hätte vielleicht vermieden werden können. Nun müssen auch Voith und Siemens unverzüglich nachziehen: Um ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen müssen sie die Geschäftsbeziehungen mit DESA sofort beenden. Wenn Menschen sterben und Gegner massiven Repressionen ausgesetzt sind, dürfen Unternehmen nicht untätig bleiben.“

Thilo Papacek von GegenStrömung erklärt: „Bei Planung und Bau von Wasserkraftwerken muss unbedingt die betroffene Bevölkerung angemessen beteiligt werden. Voith Hydro muss dafür Sorge tragen, dass die Betreibergesellschaften, denen sie ihre Ausstattung liefern, diesen Grundsatz einhalten. Wir hoffen, dass die beteiligten Banken und Unternehmen aus dem Fall Agua Zarca gelernt haben, und zukünftig ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht besser nachkommen.“

„Dass die FM0 nun von einem verantwortungsvollen Ausstieg spricht, mutet angesichts der anhaltenden Repression gegen die Wasserkraftwerkgegner/innen vor Ort, der Angriffe gegen COPINH und der bisher nicht sichtbaren Ermittlungen gegen die mutmaßlichen Auftraggeber Bertas Ermordung fast zynisch an. Sogar der berüchtigte chinesische Konzern Sinohydro hat nach dem Mord, an dem Gemeindeführer Tomás García, im Juli 2013 die Notbremse gezogen, ohne sich dafür auch als verantwortlich zu loben“, betont Daniela Dreißig vom deutsch-österreichischen

Netzwerk HondurasDelegation.

„Die beteiligten Banken und Unternehmen versuchen, sich aus der Affäre zu ziehen, ohne Konsequenzen für die Beteiligung an Projekten wie Agua Zarca fürchten zu müssen. Es ist notwendig, dass die beteiligten Banken ihre Verantwortung anerkennen, sich öffentlich entschuldigen und die Gemeinden angemessen entschädigen“, ergänzt Andrea Lammers, Honduras-Referentin des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit.

Hintergrund:

Die Lizenz für das Kraftwerk in Honduras am Fluss Gualcarque war ohne Einwilligung der in dem Gebiet lebenden indigenen Gemeinschaft der Lenca vergeben worden. Gegner des Projektes wurden drangsaliert, insgesamt starben sechs Menschen. Zuletzt wurden im März 2016 die Menschenrechtsaktivist/innen Berta Cáceres und Nelson García ermordet.

Oxfam wirft Siemens und Voith vor, indirekt mitverantwortlich für die Morde in Honduras zu sein. Voith und Siemens sind am Wasserkraftwerksausrüster Voith Hydro beteiligt, der Turbinen für Agua Zarca liefert. Nach dem Mord an der Aktivistin Berta Cáceres setzte Voith Hydro die Lieferungen zwar aus, zog sich aber nicht vollständig aus dem Projekt zurück.

Im Dossier „Schmutzige Geschäfte mit Wasser“ legen Oxfam und GegenStrömung mit Bezugnahme auf das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) dar, warum sich auch Siemens seiner menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht im Fall von Agua Zarca nicht entziehen kann: Es geht hier um negative Auswirkungen aufgrund einer Geschäftsbeziehung, die unmittelbar mit der Geschäftstätigkeit von Siemens – nämlich ihrer Beteiligung an Voith Hydro – verbunden sind.

Pressekontakt:

Annika Zieske, Tel.: 030-45 30 69 715, E-Mail: azieske@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und

Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

ABO Wind meldet weitere internationale Erfolge

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017
Pressemitteilung

- Projektrechte im Vereinigten Königreich und in Spanien veräußert
- Kaufoptionen und Dienstleistungsaufträge in Argentinien erreicht
- Irischer Windpark steht kurz vor Baubeginn
- Vorstand erhöht Prognose für Jahresüberschuss 2017

(Wiesbaden, 7. Juli 2017) ABO Wind verzeichnet weitere internationale Erfolge. Bereits vor gut einem Monat war der Verkauf eines französischen Windkraftportfolios mit gut 100 Megawatt an den tschechischen Versorger ČEZ gelungen. Zwischenzeitlich haben sich weitere kommerzielle Erfolge hinzugesellt. So hat ABO Wind im Vereinigten Königreich ein baureifes 35-Megawatt-Projekt an einen Energieversorger veräußert. Ebenso wie der Verkauf des französischen Portfolios

hat dieser Abschluss einen erheblichen positiven Einfluss auf das Jahresergebnis 2017. Beide Geschäfte waren nicht fest eingeplant.

In Irland beginnen in Kürze die Bauarbeiten zum Windpark Cappawhite B, der im nächsten Sommer ans Netz gehen kann, wenn das benötigte Umspannwerk errichtet worden ist. Das Projekt in der Grafschaft Tipperary besteht aus vier Anlagen des Typs Vestas 105 mit jeweils 3,6 Megawatt Leistung. Cappawhite B ist der vierte Windpark, den ABO Wind auf der grünen Insel errichtet. Die ersten drei Projekte gingen zwischen 2010 und 2013 ans Netz und haben eine Gesamtleistung von 70 Megawatt. ABO Wind ist zuversichtlich, auch 2019 und 2020 jeweils einen irischen Windpark zu errichten.

Aufschwung der Windenergie in Spanien und Argentinien

Auch die Belebung des spanischen Windmarktes macht sich positiv bemerkbar. Dort ist ABO Wind seit 2001 aktiv, hatte aufgrund der Wirtschaftskrise aber lange Durststrecken durchzustehen. Die von der Regierung initiierten Ausschreibungen erhöhen die Nachfrage nach Windkraftprojekten. Das ermöglichte nun den Verkauf des annähernd baureifen Projekts Motilla (52,5 Megawatt) in Castilla-La Mancha an einen großen europäischen Versorger, mit dem ABO Wind bereits in anderen Märkten erfolgreich zusammen gearbeitet hat.

In Argentinien hatte ABO Wind 2016 sechs technisch baureife Windparks mit einer Gesamtleistung von 350 Megawatt veräußert, die sich damit an den Ausschreibungen um eine Vergütung beteiligten. Aktuell arbeitet ABO Wind an weiteren Verkäufen in Argentinien und hat 2017 bereits mehrere Optionsvereinbarungen abgeschlossen, die unmittelbar einen kleinen Ertrag bringen und die Aussicht auf weitere gute Abschlüsse verbessern. Auf gute Resonanz stößt ferner das Angebot, mit technischen und planerischen Dienstleistungen in Argentinien die Errichtung von Windparks und deren Infrastruktur zu unterstützen. ABO Wind hat vor Ort ein kompetentes Team aufgebaut. Bau-, Elektroingenieure und EPC-Spezialisten aus Deutschland unterstützen die argentinischen Kollegen. Diese Kombination kommt bei den Kunden gut an; das

Auftragsbuch füllt sich.

Erhöhte Gewinnerwartung für 2017

Die aktuell guten Entwicklungen in Frankreich, Irland, Spanien, Argentinien und im Vereinigten Königreich veranlassen den Vorstand, die Gewinnerwartung für das laufende Geschäftsjahr anzuheben. „Aktuell gehen wir davon aus, ein Ergebnis mindestens in der Größenordnung des Vorjahres zu erreichen“, sagt Vorstand Dr. Jochen Ahn. 2016 hatte das Unternehmen einen Überschuss von 16,5 Millionen Euro erreicht. Neben den positiven Nachrichten aus dem Ausland tragen wesentlich die Aktivitäten in Deutschland zum Geschäftserfolg bei, wo ABO Wind in diesem Jahr 100 Megawatt ans Netz bringt. Trotz der großen Herausforderung an die Mitarbeiter liegen alle in Errichtung befindlichen Projekte sehr gut im Zeitplan. Das ist wegen der Degression der noch im Vorjahr gesicherten Einspeisevergütung für den Wert entscheidend. Auch die Bauarbeiten für drei finnische Windparks mit zusammen 60 Megawatt, die in diesem Jahr ans Netz gehen, schreiten planmäßig voran. „Unseren hervorragenden Mitarbeitern haben wir zu verdanken, dass wir insgesamt gut dastehen“, betont Dr. Jochen Ahn.

Kontakt

Alexander Koffka

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden

Tel: (0611) 267 65-515; Fax: -599

Mobil: 0151 148 69 368

alexander.koffka@abo-wind.de

www.abo-wind.de